Versicherungsrecht XI ZR 290/22 - Unwirksamkeit einer Klausel zu Abschluss- und Vermittlungskosten in einem Riester-Altersvorsorgevertrag

Sachverhalt und bisheriger Prozessverlauf:

Der Kläger, ein eingetragener [Verein](#), nimmt satzungsmäßig Verbraucherinteressen wahr und ist als qualifizierte Einrichtung gemäß § 4 UKlaG eingetragen. Die beklagte Sparkasse [verwendet](#) in ihren Sonderbedingungen für die genannten Altersvorsorgeverträge u.a. die folgende Bestimmung:

"Im Falle der Vereinbarung einer Leibrente werden dem Sparer ggfs. Abschluss- und/oder Vermittlungskosten belastet."

Der Kläger hält die vorbezeichnete [Klausel](#) für unwirksam, da sie nicht klar und verständlich sei und die Sparer damit entgegen den Geboten von [Treu und Glauben](#) unangemessen benachteilige. Er nimmt die Beklagte darauf in Anspruch, es zu unterlassen, sich auf diese oder eine inhaltsgleiche [Klausel](#) gegenüber Verbrauchern in Altersvorsorgeverträgen nach dem Altersvermögensgesetz zu berufen.

Das Landgericht hat der Klage stattgegeben. Das Berufungsgericht hat die dagegen gerichtete Berufung der Beklagten zurückgewiesen. Mit ihrer vom Berufungsgericht zugelassenen Revision verfolgt die Beklagte ihren Klageabweisungsantrag weiter.

Entscheidung des Bundesgerichtshofs:

Der XI. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat entschieden, dass es sich bei der angefochtenen [Klausel](#) um eine Allgemeine Geschäftsbedingung im Sinne von § [305 Abs. 1 Satz 1 BGB](#) handelt, die nicht klar und verständlich ist und dadurch die Vertragspartner der Beklagten unangemessen benachteiligt. Zur Begründung hat der Senat im Wesentlichen ausgeführt:

Die [Klausel](#) stellt eine Allgemeine Geschäftsbedingung im Sinne von § [305 Abs. 1 Satz 1 BGB](#) dar und nicht lediglich einen unverbindlichen Hinweis. Denn der durchschnittliche Sparer versteht die [Klausel](#) dahin, dass sie der Beklagten das Recht einräumen soll, von ihm im Fall der Vereinbarung einer Leibrente Abschluss- und/oder Vermittlungskosten zu verlangen. Die fehlende Benennung von Voraussetzungen, von denen die Erhebung von Abschluss- und/oder Vermittlungskosten durch die Beklagte abhängen soll, sowie die fehlende Bestimmung der Höhe der Kosten stellen den Regelungsgehalt der [Klausel](#) nicht in Frage. Die Bezeichnung des Klauselwerks, in dem die [Klausel](#) enthalten ist, als Sonderbedingungen spricht ebenfalls dafür, dass die [Klausel](#) den Vertragsinhalt regelt.

Die [Klausel](#) ist nicht klar und verständlich im Sinne des § [307 Abs. 1 Satz 2 BGB](#) und benachteiligt dadurch die Vertragspartner der Beklagten unangemessen. Diese können die mit der [Klausel](#) für sie verbundenen wirtschaftlichen Folgen nicht absehen. Die [Klausel](#) lässt nicht erkennen, ob die Beklagte im Fall der Vereinbarung einer Leibrente tatsächlich Abschluss- und/oder Vermittlungskosten vom [Verbraucher](#) beansprucht. Voraussetzungen, die maßgebend dafür sein sollen, dass Abschluss- und/oder Vermittlungskosten dem Grunde nach anfallen, werden dem [Verbraucher](#) weder in der [Klausel](#) noch an anderer Stelle mitgeteilt. Außerdem erfährt der [Verbraucher](#) nicht, in welcher Höhe er gegebenenfalls mit Abschluss- und/oder Vermittlungskosten belastet wird. Die [Klausel](#) benennt für die Abschluss- und Vermittlungskosten weder einen absoluten Betrag noch einen Prozentsatz, der sich auf ein bestimmtes Kapital bezieht. Sie lässt den [Verbraucher](#) auch im Unklaren darüber, ob die Kosten einmalig, monatlich oder jährlich anfallen sollen. Danach kann der [Verbraucher](#) die Größenordnung der Abschluss- und Vermittlungskosten nicht absehen, mit denen er bei Vereinbarung einer Leibrente von der Beklagten belastet werden soll. Der Beklagten wäre die gebotene Eingrenzung der Kosten der Höhe nach möglich gewesen.

BGH-Urteil vom 21. November 2023 - [XI ZR 290/22](#) - [BGH PM 194/2023](#)

Vorinstanzen:

Landgericht München I – Urteil vom 15. März 2021 – 27 O 230/20

Oberlandesgericht München – Urteil vom 20. Oktober 2022 – 29 U 2022/21